

# Umgehungs-Gegner legen nach

**STRASSENBAU** Fünf Organisationen fordern in einem Brief an Ministerpräsident Söder und Verkehrsministerin Aigner den Stopp der Planungen für die Umgehungsstraßen Dormitz und Neunkirchen am Brand. Das Klima dient ihnen als Argument.

VON UNSERER MITARBEITERIN PETRA MALBRICH

**Neunkirchen am Brand** – „Der Klimawandel lässt sich nun nicht mehr leugnen“, behauptet Bettina Wittmann. Sie ist Vorsitzende der Bürgerinitiative für ein modernes und umweltbewusstes Neunkirchen („Munk“). „Wir müssen jetzt handeln“, fordert Wittmann und hat deshalb mit vier weiteren Organisationen einen offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder und an Ilse Aigner (beide CSU), Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, geschrieben.

In dem Brief wird gefordert, aufgrund der vielen Einsprüche – fast 2000 Widersprüche sind aus der Bevölkerung eingegangen – und aus einer geänderten Situation heraus die Planungen für den Bau der Westumgehung von Neunkirchen zu stoppen. Dazu gehöre eigentlich auch die geplante anschließende Umfahrung des benachbarten Dormitz.

## Gemeinderäte für den Straßenbau

Die beiden Gemeinderäte von Neunkirchen und Dormitz hatten wegen der hohen Verkehrsbelastung innerorts jeweils für ihre Umgehungsstraßen gestimmt. Von den Dormitzer Bürgern waren 500 Einsprüche eingereicht worden. Seitdem ist das Staatliche Straßenbauamt am Prüfen. Die Gegner der Straßen sind der Ansicht, es würden die Argumente fehlen, diese Einwendungen zu entkräften.

Geprüft wird, aber ob es zutrifft, dass die Argumente nicht so einfach zu entkräften sind, war wegen Dienstende vom Staatlichen Straßenbauamt am Freitag nicht mehr zu erfahren. Die Westumfahrgegner sind sich sicher: „Die Politik tut



Protestplakat gegen die Westumgehung von Neunkirchen am Brand

Foto: Josef Hofbauer

sich leicht, das Straßenbauamt prüfen zu lassen. Die Politik könnte auch sagen, es ist zu schwer, die Argumente zu entkräften, wir setzen uns nochmal zusammen und überlegen“, erklärt Bernhard Birnfeld, Vorsitzender des Bundes Naturschutz (BN), Kreisgruppe Neunkirchen am Brand.

## Zunahme von CO<sub>2</sub>-Ausstoß

„Das kann nur die Politik“, bekräftigt Bettina Wittmann. Angesichts des „dramatischen Fortschreitens des Klimawandels“ mit Hinsteuern auf einen „Point of no return“ könne an einer Politik von immer mehr Verkehr, weiterer Zunahme von CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Zerstörung von CO<sub>2</sub>-Speichern nicht länger festgehalten werden. Das geschehe jedoch mit der Umgehungsstraße, die nicht für weniger Verkehr Sorge, sondern das Gegenteil bewirke und zudem den Individualverkehr fördere, bekräftigen die Gruppen in ihrem offenen Brief. „Die Umge-

hungsstraße ist ein Signal für mehr Verkehr. Daraus ergibt sich mehr Verbrauch, mehr CO<sub>2</sub>. Das zeigt sich in der Temperatur“, erläutert Birnfeld. In den vergangenen Jahren sei das nicht so kritisch betrachtet worden. Nun aber zeige sich eine andere Situation. Man komme den Methanblasen im Permafrostboden (in Sibirien) näher. Das entweiche dann im großen Stil und das sei der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gebe.

Was aber haben die Methanblasen in Sibirien mit dem Bau der Umfahrung Dormitz und Westumgehung Neunkirchen zu tun? „Jeder Straßenbau initiiert mehr Verkehr“, erklärt Birnfeld. Für Neunkirchen sei es nur ein kleines Stückchen. Doch die beiden Straßen zusammen betrachten die fünf Organisationen als Musterprojekt und als Signalwirkung. Jede Straße ziehe automatisch mehr Verkehr an.

Von den großen Versprechungen der Politik, auf Energiesparfahrzeuge mit nur drei Litern

Verbrauch zu setzen, sei nicht viel geblieben. Ein Blick auf die Fahrzeuge zeige immer größere Autos.

## Ost-Ast der „Stub“ angeregt

So werden in dem offenen Brief nicht nur der „Flächenfraß“, die Zerstörung eines Naherholungsgebiets und die hohe CO<sub>2</sub>-Belastung durch mehr Verkehr auch durch Lastwagen angeprangert, sondern auch Alternativen angezeigt. Eine davon lautet Ost-Ast der Stadtrundlandbahn („Stub“) Erlangen. „Der Ost-Ast ist noch nicht gestorben“, meint Birnfeld. Solche Systeme sollten gefördert werden.

Eine der Hürden für die „Stub“ war der Kosten-Nutzen-Faktor. Doch die Richtlinien seien vor 20 Jahren erstellt worden, erklärt Birnfeld. Und sie seien nicht mehr angepasst oder aktualisiert worden. Inzwischen habe sich auch die Bevölkerungszahl geändert. Gerade durch das Neubaugebiet auf

dem ehemaligen Industriegebiet in Neunkirchen am Brand würden mehr Bürger zum Ort zählen.

Die Organisationen zitieren auch den bayerischen Ministerpräsidenten, der für die Luftreinhaltung den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) stärken wolle. Einen offenen Brief hatten die Bürgerorganisationen und Initiativen schon einmal geschrieben, an den damaligen Verkehrsminister Joachim Herrmann (CSU). Damals stand gerade der Amtswechsel an, weshalb nur eine lapidare Antwort gekommen sei. Man wolle dem Bauamt nicht vorgreifen, habe es damals aus dem Ministerium geheißt.

# 2000

Widersprüche annähernd hat es gegen die Westumgehung von Neunkirchen am Brand gegeben.

„Jeder Straßenbau initiiert mehr Verkehr.“

**BERNHARD BIRNFELD**  
Vorsitzender BN Neunkirchen